

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 329

2. März 2005

11. Jahrgang

## Freihandelsabkommen mit den USA: „Weder Himmel noch Hölle“

Dies ist der Schluss, den der Wirtschaftsexperte Miguel Ángel Gutiérrez in einem Interview mit der Tageszeitung *el Periódico* über den Freihandelsvertrag zwischen Zentralamerika und den Vereinigten Staaten (CAFTA- im Englischen) zieht. Wenn alles nach Plan der BefürworterInnen des Freihandelsabkommens (TLC) läuft, wird das Vertragswerk in den nächsten Wochen vom guatemalteckischen Kongress ratifiziert und die entsprechenden Gesetze dazu erlassen bzw. geändert. Unterdessen hat die Diskussion um das umstrittene Abkommen in Guatemala weitere Kreise gezogen – zu spät wohl, um sein Inkrafttreten noch zu verhindern. Ein Stimmungsbarmeter.

Am 28. Januar wurde der Exekutive die bisherige Schlussfassung des Freihandelsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik zur Diskussion vorgelegt. Mariano Rayo, Präsident der Parlamentskommission für Wirtschaft und Aussenhandel, gibt sich positiv und hofft, dass der Kongress das Geschäft bis zu den Osterferien unter Dach und Fach hat. Dies ist auch nicht wirklich schwierig: 80 JA-Stimmen genügen, und darüber verfügt die Regierungspartei GANA und ihre Verbündeten aus der FRG, der Patriotischen Partei und der UNE locker.

Die meisten Kongressabgeordneten haben sich bisher noch nicht mit dem Thema Freihandelsabkommen beschäftigt, eine Tatsache, die von den GegnerInnen stark kritisiert wird, werden doch mit der Ratifizierung für die kommenden 50 Jahre die Weichen in eine Richtung gestellt, deren politischen, ökonomischen und sozialen Konsequenzen alle folgenden Generationen zu spüren bekommen werden.

Skeptisch gegenüber dem Abkommen sprechen sich die URNG, die ANN und einzelne UNE-Abgeordnete aus. Auch die PAN und die ChristdemokratInnen fühlen sich "noch zu wenig vorbereitet". Gemäss der URNG-Abgeordneten Alba Estela Maldonado sei man nicht grundsätzlich gegen eine Öffnung der Märkte, aber gegen dieses spezifische Abkommen mit den USA. Die ANN fordert die Regierung auf, wenn sie schon den TLC unterzeichne, solle sie wenigstens gleichzeitig Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Unterstützung des Agrarsektors sowie eine integrale Steuerpolitik einführen. Der ANN-Abgeordnete Alfredo de León verlangt ein Moratorium von sechs Monaten, damit sich die ParlamentarierInnen erst einmal mit der Thematik auseinandersetzen können, bevor sie entscheiden.

Der UNE-Vertreter Raúl Robles ist gegen das Abkommen weil "die USA den dicken Fisch an Land ziehen werden, während die kleinen und mittleren Unternehmen in Zentralamerika im Nachteil sind". Zugang zum Weltmarkt zu haben, nütze nichts, wenn man nichts anzubieten habe, meinte Robles weiter und befürchtet gar, dass gewisse importierte Produkte billiger angeboten werden als die nationalen, weil diese nicht subventioniert würden. (Übrigens gehören laut Abkommen zu den Gütern, die Guatemala steuerfrei in die USA exportieren kann, "typische" Dritt-Welt-Produkte wie Atomreaktoren, Te-

leskope, Traktoren, Sonnenbrillen etc.)

Aus Oppositionskreisen wurde gefordert, dass eine Volksbefragung (*Consulta popular*) über die Ratifizierung des TLC hätte durchgeführt werden sollen, wofür es zum jetzigen Zeitpunkt jedoch zu spät ist. Ebenfalls zu spät ist es unterdessen, noch grössere Änderungen in dem Vertrag anzubringen. Nichtsdestotrotz lädt der Kongress zu einer öffentlichen Diskussion ein und bittet alle am Thema Interessierten, ihre Vorschläge einzureichen. Ausserdem wurde eine Webseite eröffnet, die als Forum dienen soll und auf der auch das Vertragsdokument einsehbar ist. ([www.ca-asies.org](http://www.ca-asies.org))

Seit der Vorgang im Kongress weilt und Gespräche und Informationsveranstaltungen zwischen Kongress, den verschiedenen Ministerien und der Zivilgesellschaft stattfinden, wächst auch der Protest der GegnerInnen täglich. Die in der *Mesa Global* zusammengeschlossenen Nichtregierungsorganisationen (NRO) gewerkschaftlicher und umweltschützerischer Herkunft weisen darauf hin, dass das Freihandelsabkommen nicht den Interessen des Grossteils der Bevölkerung entsprechen. Die ganze Diskussion darüber habe in der Exekutive stattgefunden, das Parlament und die Bevölkerung seien davon ausgeschlossen worden.

Der Gewerkschafter Edwin Ortega befürchtet schlimme Konsequenzen für die ArbeiterInnen, indem noch mehr Akkordarbeit zu Mindestlöhnen eingeführt werde. Ebenfalls habe es wohl die Entlassung Tausender von ArbeiterInnen zur Folge.

Auch die KleinbäuerInnen werden die negativen Auswirkungen des TLC zu spüren bekommen, wie eine Studie der *Koordination der NRO und Kooperativen* (Congcoop) zeigt. Sie befürchtet, dass der Markt von gentechnisch veränderten Produkten überschwemmt wird, die billiger sind als das einheimische Getreide und so den BäuerInnen ihre Existenz genommen wird.

An den Protesten vor dem Kongressgebäude nahmen auch die HIV-Positiven und an Aids Erkrankten teil. Sie fordern die Regierung auf, endlich die Hindernisse zum Zugang billigerer Generika für Aidskranke aufzuheben, eines der in letzter Zeit umstrittensten Themen im Zusam-

menhang mit dem TLC.

Die TLC- GegnerInnen werfen den Kongressabgeordneten vor, sie seien keine VolksvertreterInnen, sondern würden sich den Interessen der UnternehmerInnen beugen. Ein Vorwurf, der von einigen Abgeordneten bestätigt wird, die zugeben, dass es aus gewissen Kreisen Druck gebe, das Abkommen baldmöglichst zu ratifizieren.

Um die Kontroverse noch etwas anzuhetzen, hiess es plötzlich seitens der *Koordination der BäuerInnenorganisationen*, CNOC, man verfüge über Informationen, dass es einen Fonds von 25 Mio. US-\$ gebe, um den Kongressabgeordneten, die für das Freihandelsabkommen stimmen, einen Extra-Bonus zu bezahlen. Finanzminister Marcio Cuevas wies diese Anschuldigung zurück: Man habe nicht einmal genügend Geld, um eine Informationskampagne zum TLC durchzuführen, geschweige denn, um irgendwelche Bestechungsgelder zu verteilen.

Der eingangs erwähnte Wirtschaftsexperte Miguel Ángel Gutiérrez erklärte in seinem Interview mit *el Periódico*, dass in Guatemala eine Öffnung des Marktes nicht genutzt werden könne. Es sei das einzige Land der Region, in dem die Auslandsinvestitionen in den letzten Jahren zurückgegangen seien. Grund dafür sieht er im Fehlen einer allgemeinen und einer juristischen Sicherheit. Es habe zwar Wirtschaftsreformen gegeben, aber es sei niemals etwas dafür getan worden, damit diese Wirtschaft überhaupt funktionieren könne.

Gutiérrez sieht drei grosse Herausforderungen, denen sich die guatemaltekische Regierung stellen müsse: Die Verbesserung der Bedingungen für die LandarbeiterInnen, eine gute Administration des Abkommens und den Schutz der Generika. Die USA, abgesehen von den Subventionen, die sie an ihre BäuerInnen verteilen, sind ein herausragender Getreideproduzent und können mit einem Handstreich den ganzen Agrarsektor Zentralamerikas auswischen, falls es zu einer totalen Öffnung des Landwirtschaftssektors komme. Die guatemaltekische Regierung ihrerseits sei nicht in der Lage, ihren BäuerInnen den finanziellen, technischen und marktwirtschaftlichen Support zu geben, um sie konkurrenzfähig zu machen oder um auf nichtkonventionelle Produkte wie Schnittblumen oder bestimmte Gemüsesorten umzusteigen.

Die zweite Herausforderung ist laut Gutiérrez die Tatsache, dass sich Guatemala auf einen Prozess einlasse, den das Land nicht zu verwalten in der Lage sei. Als Beispiel nennt er das Freihandelsabkommen mit Mexiko, das ein absolutes Desaster sei: Der Handel mit Mexiko sei zurückgegangen seit der Unterzeichnung des Abkommens, mangels einer Administration, die in der Lage wäre, die Fehler bei den Verhandlungen zu korrigieren. - Präsident Berger hat indes bei seinem ersten Staatsbesuch in

Mexiko vor wenigen Tagen mit seinem Amtsgenossen Fox unter anderem die Wiederbelebung des Warenaustauschs zwischen den Nachbarländern beschlossen und mit Optimismus unterstrichen. -

Im Fall der Generika befürchtet der Experte Entlassungen in der Pharmaindustrie und einen Einfluss auf die Gesundheitspolitik des Staates, falls man sich den Bedingungen der USA (längere Patentfristen) unterwerfen müsse. Generell glaubt Gutiérrez aber, dass nicht so sehr der TLC an sich, sondern die begleitenden Massnahmen, die Guatemala dazu entwickelt, wichtig für die Zukunft des Landes seien. Die Freihandelsabkommen an sich seien kein Entwicklungsprogramm, meinte er abschliessend.

Dieser Tage fand auch das 19. Tref-

fen der zentralamerikanischen (inklusive Belice und Panamá) MenschenrechtsprokuratorInnen statt, das vom Unbehagen über die Unterzeichnung der Freihandelsverträge geprägt war. Mit Ausnahme des Vertreters von Nicaragua, der sich nicht zum Thema äusserte, sind sich die Menschenrechtsverantwortlichen einig, dass diese Verträge nichts „Freies“ an sich haben. Die *Procuradores* schlossen sich der Forderung nach einem Volksreferendum in allen beteiligten Ländern an.

Das CAFTA-Abkommen tritt in Kraft, wenn es mindestens von zwei Ländern ratifiziert ist, wobei eines davon die USA sein muss. Bisher ist es erst von El Salvador ratifiziert worden, in den USA selber werden immer mehr kritische Stimmen unter den DemokratInnen im Senat laut.

## Gentech-Mais als Lebensmittelhilfe

**Guatemala, 24. Feb.** Die *Zentralamerikanische Allianz für den Schutz der Biodiversität* gab die Resultate einer Untersuchung bekannt, die sie in fünf zentralamerikanischen Ländern sowie der Dominikanischen Republik durchgeführt hat: Rund 80% der untersuchten Proben von Mais und Soja waren gentechnisch manipuliert worden. Davon stammten 32% aus der Lebensmittelhilfe des Welternährungsprogrammes der UNO (WFP).

In Guatemala fand man in einer Donation der staatlichen US-amerikanischen Entwicklungshilfe (USAID) und des WFP an die Departements Chiquimula, Huehuetenango und Alta Verapaz Mais der Marke „Starlink“, Produkt des transnationalen Unternehmens Aventis, dessen Verfütterung in den USA nur an Tiere erlaubt ist, da allergische Reaktionen durch den Verzehr nicht auszuschliessen sind. Ebenfalls fand man die Sorte GA21, ein Produkt von Monsanto, dessen Konsum in der Europäischen Union untersagt ist.

Mario Godínez von der guatemaltekischen Umweltorganisation *Ceibas* und Vertreter der *Zentralamerikanischen Allianz* bezeichnete die Lebensmittel-„Hilfe“ als einen Angriff auf das Recht auf Ernährung der GuatemalteKInnen, da man die längerfristigen Auswirkungen gentechnisch manipulierter Lebensmittel auf den menschlichen Organismus bislang nicht kenne. Die *Zentralamerikanische Allianz* fordert, dass Organisationen, die humanitäre Hilfe leisten, Getreide auf dem lokalen Markt kaufen und ein besseres Lagerungs- und Verteilsystem entwickeln sollen, statt Gentech-Produkte zu importieren.

Daniel Cardona, Berater des Vize-ministers für Ernährungssicherheit, er-

klärte, dass die Einfuhr von gentechnisch veränderten Lebensmitteln in Guatemala nicht generell verboten sei. Die Behörden seien nicht in der Lage, alle Hilfsgüter zu überprüfen, ausserdem könne man diese ja auch nicht einfach zurückweisen.

Die US-amerikanische Botschaft in Guatemala zweifelt an der Rechtmässigkeit der Analyse der *Zentralamerikanischen Allianz*, da diese Maissorten in den USA seit Jahren nicht mehr angebaut würden und es nicht erklärbar sei, wie sie in den Untersuchungen nachgewiesen werden konnten, erklärte die Pressesprecherin der Botschaft, Mary Thompson-Jones.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:**  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**  
**Postbank Karlsruhe**  
**BLZ: 660 100 75**

**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**

**Rahel-Varnhagen-Str. 15**

**79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Jahres-Abo: 55.- €**

**Auslands-Abo: 60.- €**

**E-Mail-Abo: 50.- €**

**Erscheinungsweise**

**14-täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

## Maquilas in Gefahr

**Guatemala, 25. Feb.** Fünftausend ArbeiterInnen des Textilunternehmens Addie Apparel, S.A., wurden letzte Woche von der Nachricht überrascht, dass der Besitzer dieser *maquila*, der US-Amerikaner Brecquer Griffit, mit dem Grossteil der Produktionsausrüstung ausser Landes geflohen sei. Die ArbeiterInnen nahmen daraufhin das übrig gebliebene Equipment in Beschlag, um durch dessen Verkauf wenigstens ansatzweise ihr Gehalt zu sichern. Manche von ihnen waren bereits seit sieben Jahren in der Fabrik beschäftigt und bleiben nun ohne Entschädigungszahlungen und Lohnzusatzleistungen. Währenddessen bemächtigte sich die Polizei der 60 Computer, derweil die rechtliche und finanzielle Lage der Angestellten einer Lösung harrt.

Ähnlich, aber hoffentlich weniger überraschend und entschädigungslos erging es in den ersten 49 Tagen des Jahres den ArbeiterInnen von 14 Textilverarbeitungsunternehmen, welche ihre Arbeit in Guatemala eingestellt haben. Betroffen sind in diesem Fall 3'426 Personen, zu 80% sind es Frauen.

Laut Carla Caballeros, Exekutivdirektorin der *Bekleidungs- und Textilkommission* (Vestex), stammten acht der Unternehmen aus Korea, sechs arbeiteten mit guatemaltegischem Kapital. Die Tageszeitung *Prensa Libre* berichtet, dass diese zusammen einen Exportwert von rund US-\$ 35 Mio. erwirtschafteten. Daneben schlossen bereits einige US-Marken ihre Büros in Guatemala und verlegten sie nach China, wo ihnen bessere Preise geboten werden.

Neben der Beobachtung von Flordalma Contreras, Koordinatorin des Aus- und Fortbildungsprojekts in Menschen- und Arbeitsrechten des Menschenrechtszentrums CALDH, dass die Schliessung der Fabriken Teil des Freihandelsphänomens sei, mit dem sich die Region derzeit konfrontiert sieht, geht der Rücklauf der Textilindustrie direkt auf das Auslaufen des Internationalen Textilabkommens mit Ende des Jahres 2004 zurück, mit dem bislang jedem Land eine bestimmte Exportquote zugewiesen worden war. Diese Handelskontrolle gibt es nun nicht mehr, und es ist China an erster Stelle, das im Moment aufgrund seiner Produktionssituation, die die prekäre rechtliche Situation der Arbeitenden mit einschliesst, daraus Vorteile schlagen kann.

Neben Guatemala sind auch andere lateinamerikanische Länder vom Abzug der Textilindustrie betroffen. Aus El Salvador sind bereits sechs Fabriken nach China abgewandert und haben 6'000 Arbeitslose hinterlassen. Bis Ende des Jahres wird diese Zahl Befürchtungen zufolge an die 30'000 erreichen.

Unterdessen kämpfen die verbliebenen *maquila*-Angestellten nicht nur um ihre Arbeitsplätze sondern auch um ihre fundamentalen Arbeitsrechte. Neil Kearney, Generalsekretär der *Internationalen Arbeitsföderation in Textil, Bekleidung und Leder* informiert, Anzeigen von GewerkschaftsführerInnen aus drei *maquilas* erhalten zu haben, die in Guatemala operieren. Laut diesen sind die ArbeiterInnen ständigen Beschimpfungen von Seiten der AufseherInnen und BesitzerInnen ausgesetzt, die sie ertragen, um ihren Job zu behalten. Zum Teil wird den NäherInnen die konfektionierte Kleidung hingeschmissen, um sie darauf hinzuweisen, dass die Arbeit nicht gut gemacht wurde.

Sollte ein Treffen mit den EigentümerInnen der *maquilas* keine Lösung mit sich bringen und die Situation der Arbeitsbedingungen sich nicht bessern, werde man vor die *Internationale Arbeitsorganisation* (ILO) ziehen, um eine Evaluation der Anzeigen zu beantragen, so Kearney.

Verständlicherweise sei Guatemala daran interessiert, im Rahmen des internationalen Wettbewerbs konkurrieren und niedrige Preise bieten zu können, meint der internationale Gewerkschaftsvertreter. Doch: "Wir machen uns Sorgen, dass weder die Arbeitsrechte noch die internationalen Bestimmungen respektiert werden. Wir sind darin bestrebt, dass es mehr Ar-

beitsplätze in diesem Sektor gibt, aber nicht auf Kosten der Arbeitsrechte".

Die Forderungen der GewerkschafterInnen an die drei koreanischen *maquilas* beinhalten den Stopp der physischen und verbalen Misshandlungen, der Beleidigungen, Einschüchterungen und Drohungen, die Autorisierung von Gewerkschaften und bessere Löhne.

Am 22. Februar besetzten auch die 475 entlassenen Angestellten des Textilunternehmens JR Sportswear in Puerto Barrios, Izabal, die Fabrik, um den Abtransport der Maschinen zu verhindern, bis ihnen die ausstehenden Gehälter bezahlt werden. Die Angestellten fordern 90% der ihnen zustehenden Löhne, während der Vertreter des US-amerikanischen Unternehmens ihnen 20% anbietet.

Am 23. Februar gaben Mitglieder der Gewerkschaft FESTRAS bekannt, dass Frauen, die in der Textilfirma Yong Ha Kim arbeiten, wegen ihrer Gewerkschaftsarbeit Morddrohungen bekamen und mit Waffen bedroht wurden. Laut FESTRAS wurde am 20. Januar eine Gewerkschafterin vom Fabrikbesitzer tödlich angegriffen und ins Gesicht geschlagen. Obwohl eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht wurde, kam es nicht zu einer Verurteilung des Mannes, da er andere Angestellte dafür bezahlt hatte, damit sie zu seinen Gunsten aussagen.

## Auslieferungsantrag von Lucas García

**Guatemala, 20. Feb.** Die Spezialeinheit der spanischen Staatsanwaltschaft, die mit den Ermittlungen des Genozids am Volk der Maya befasst ist, hat den zuständigen Gerichten einen Antrag eingereicht, einen Auslieferungsbefehl gegen Romeo Lucas García, Guatemalas Präsident zwischen 1978 und 1982, zu erlassen. Lucas García, der seit den 80er Jahren in Venezuela lebt, wird von der spanischen Justiz eingefordert, unter anderem als einer der Verantwortlichen der Massaker, die vor mehr als 20 Jahren vom Militär gegen die indigene Bevölkerung in den Gemeinden der Departements Quiché, Huehuetenango und Baja Verapaz verübt wurden.

Die Staatsanwaltschaft verfügt über die Zeugenaussagen von Familienangehörigen einiger der Opfer sowie über Berichte der Exhumierungen, die an zahlreichen Orten in der Region bereits realisiert worden sind.

Spanien sucht nun den Ex-Diktator mit internationalem Haftbefehl im Rahmen der Ermittlungen des Brandes der spanischen Botschaft 1980 (siehe ¡Fijáte! 328). Der Erste auf der Suchliste der spanischen Justiz ist der immer noch flüchtige Ex-Innenminister Donaldo Álvarez.

Auch wenn bekannt ist, dass der

ehemalige Regierungschef Guatemalas an Alzheimer erkrankt ist, fordert der zuständige spanische Richter, Fernando Grande-Marlaska, dass diese Tatsache von Sachverständigen verifiziert wird und Lucas García an Spanien ausgeliefert wird, vorausgesetzt, sein Gesundheitszustand lässt dies zu.

In den letzten Tagen tauchten Spekulationen über die Möglichkeit auf, dass auch die guatemaltekeische Staatsanwaltschaft die Auslieferung Lucas Garcías beansprucht. Dies könnte ein Weg sein, den Prozess in Spanien zu verhindern und dem Ex-Präsidenten einen Fluchtweg nach Guatemala zu ebnet, so Gustavo Meoño von der Rigoberta Menchú-Stiftung.

Fernando López, der juristische Verantwortliche des Menschenrechtszentrums CALDH, gibt unterdessen bekannt, dass die Verfahren, die in Guatemala gegen die selben Personen, die des Genozids angeklagt sind, paralysiert sind. „Wir haben noch nicht einmal einen Spezialstaatsanwalt, somit sehen wir es als wenig wahrscheinlich, dass die Staatsanwaltschaft die Auslieferung beantragt.“

Unterdessen bestätigte die Regierung Venezuelas ihre Bereitschaft, Lucas García auszuliefern.

## Der Absurdität des Hungers

**Guatemala, 15. Feb.** Weltweit stirbt alle 38 Sekunden ein Kind an Hunger. In Guatemala geschieht dies alle fünf Minuten. Gemäss Daten des Präsidialen Kommissars gegen den Hunger, Andrés Botrán, sind das Fehlen von Nahrungsmitteln und Krankheiten, die auf Unterernährung zurückzuführen sind, die Ursache dafür, dass in diesem Land jede Stunde zwölf Kinder sterben. 48,7 % der Kinder unter fünf Jahren sind chronisch unterernährt, 7 von 10 indigenen Mädchen und Jungen sind für ihr Alter zu klein.

Anfang Februar besuchte Jean Ziegler, der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung, das Land. In einer Pressekonferenz wies er darauf hin, dass Guatemala sieben Schwachpunkte überwinden müsse, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten: diese seien fehlender Zugang zu Land, unzureichende Löhne, Wasserprobleme, mangelnde Steuereinnahmen, der Rassismus und das Fehlen eines funktionierenden Justizsystems, das sich der Landproblematik angemessen annimmt. Die Besitztitel stellen keine Sicherheit dar, es fehlt ein Katastergesetz und der Landfond FONTIERRA, der sich gemäss seinem Mandat um die Zuweisung von Ländereien zu kümmern hat, funktioniert nicht. Als siebten Punkt nannte Ziegler den Freihandelsvertrag CAFTA-RD, der derzeit zwischen den zentralamerikanischen Ländern, der Dominikanischen Republik und den USA zur Ratifizierung steht. Dieser werde noch mehr Hunger mit sich bringen und negative Auswirkungen zeitigen, trete das Land doch in einen wirtschaftlichen Wettbewerb auf einer

Ebene grösster Ungleichheit und Asymmetrie. Als veranschaulichendes Beispiel beschreibt der Sonderbeauftragte die Situation als einen Boxkampf, in dem ein unterernährter Mittelamerikaner gegen den ehemaligen Schwergewichtsweltmeister Mike Tyson antritt.

Ein Besuch auf dem Land liess Ziegler die Beobachtung machen, dass es „verletzliche Gruppen gibt, die am Rand der Existenz leben. Es braucht strukturelle Reformen, denn die kleinste Katastrophe kann zu einer sehr viel grösseren führen.“

Doch selbst der UN-Vertreter kann sich nicht erklären, wie Guatemala als ein Land mit guten makroökonomischen Indizes eine solch miserable Situation der Ernährungssicherheit aufzeige.

Vom Menschenrechtsprokurator Sergio Morales erhielt Ziegler die Information, dass mehr als die Hälfte der guatemalteckischen Bevölkerung, namentlich rund 6,4 Mio. Menschen, unter prekären Bedingungen leben, ein Grossteil davon auf dem Land. Laut Morales haben sich die Ernährungsdaten seit 1992 kontinuierlich verschlechtert; in diesem Zeitraum sei der unterernährte Bevölkerungsanteil um etwa 1,5 Mio. Personen gewachsen. Damit setzt sich Guatemala an die erste Stelle im Vergleich dieser Daten und dem Ansteigen derselben auf zentralamerikanischer Ebene und weist die schlechtesten Sozialindikatoren Lateinamerikas auf. Dies sei, so der Ombudsmann, Grund genug, das Thema als eine der Prioritäten der nächsten Jahre aufs Tapet zu bringen, ebenfalls dringend notwendig sei die Erarbeitung eines integralen Politikansatzes zur Bekämpfung

der Armut. Als einige von vielen Ursachen für die rasante Ausbreitung der Armut und extremen Armut nennt Morales die wenigen Entwicklungsprogramme, das Fehlen einer Finanzpolitik für die kleinen und mittleren BäuerInnen, der Verlust von günstigen Krediten für die Landwirtschaft sowie die Agrarkrisen. Dazu kommen die Arbeitslosigkeit und die Ungleichheit in der Verteilung der Ländereien. Guatemala befindet sich weltweit diesbezüglich unter den Ländern, in denen das Missverhältnis am grössten ist: in den Händen von 20% befinden sich 54% des Gesamtanteils.

Die hehren Ziele einer Veränderung dieser Situation stehen der kürzlich firmierten Rahmenkonvention zur Ernährungssicherung zwischen dem guatemalteckischen Kongress und der UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) bevor: Im Rahmen der Friedensverträge und der Ziele des Millenniums sollen die Hungersnot im Land reduziert sowie die extreme Armut und chronische Unterernährung völlig ausgeradiert werden. Angestrebt wird dies durch den Plan einer diversifizierten ländlichen Entwicklung und der ambientalen Nachhaltigkeit derselben, die in Verbindung stehen soll mit einer ausgeglichenen städtischen Entwicklung mit besonderem Fokus auf die gefährdetsten und ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen.

Eine wesentliche Rolle wird dabei dem Justizapparat übertragen, dem die institutionelle Verankerung auf rechtlicher Ebene obliegt. Dabei wird die FAO den wohl nötigen rechtlichen Beistand leisten.

## Wechsel in der Geheimdienstführung

**Guatemala, 24. Feb.** Anfang Februar trat der Leiter des *Sekretariats für Strategische Analysen* (SAE), Edmundo Urrutia, relativ überraschend zurück. Die Aufgabe des SAE ist, Konflikte und Bedrohungen sozialer, politischer, und wirtschaftlicher Natur frühzeitig zu erkennen und zu Händen des Präsidenten Strategien zu deren Abwendung oder Bearbeitung zu entwerfen.

Urrutia selber nannte keine Gründe für seinen Rücktritt und verwies auf den Präsidenten, in Absprache mit dem er offenbar seinen Entscheid getroffen hat. Gerüchten zufolge hat der Rücktritt mit einem Skandal zu tun, in den in erster Linie die Ehefrau Urrutias verwickelt war. Urrutia selber soll einen seiner Untergebenen dazu angestiftet haben, zur Entlastung seiner Frau eine Falschaussage zu machen.

Es gibt aber auch Meinungen, die sagen, der Wechsel an der Spitze des zivilen Geheimdienstes sei die Folge interner Auseinandersetzungen in der Exekutive. Ob dies stimme, könne man daran sehen, wer als Nachfolger Urrutias bestimmt werde, denn wenn es eine Person aus der Gefolgschaft des Innenministers Carlos Vielmann sei, bedeute es eine Verkleinerung des politischen Spielraums des Vizepräsidenten, Eduardo Stein, der mit Urrutia eine Person seines Vertrauens an dieser wichtigen Stelle hatte.

Arnoldo Villagrán schrieb in einem Kommentar in *Incidencia Democrática* gar, es ginge darum, ob sich die autoritäre, aufstandsbekämpfende Vorstellung von Sicherheit wieder etablieren oder sich eine demokratische Vision von Sicherheit durchsetzen könne, in der

das Wohlergehen der Bevölkerung als Grundlage für Sicherheit als Priorität gelte. In einer solch demokratischen Vorstellung von Sicherheit würden die Institutionen des Staates im Dienste der kollektiven Sicherheit der Gesellschaft stehen, während es in der Vergangenheit umgekehrt war und sämtliche Sicherheits- und Geheimdienstaktivitäten zur Kontrolle der Bevölkerung und zum Aufrechterhalten eines autoritären politischen Regimes dienten. Mit der Unterzeichnung der Friedensverträge wollte man solchen Praktiken ein Ende setzen und verhalf dem SAE, bzw. seinem Vorläufer, zu neuer Wichtigkeit. Trotzdem erreichte das SAE nie die Rolle, die ihm zugeordnet war, unter anderem wohl, weil die militärischen Geheimdienststruk-

(Fortsetzung Seite 5)

turen weiter funktionierten und erst am Schluss der Regierungszeit von Alfonso Portillo, Ende 2003, der *Estado Mayor Presidencial*, einer der militärischen Geheimdienste, aufgehoben wurde. Interessanterweise wurden seit seiner Schaffung des SAE meistens Vertreter der Linken oder gar Ex-Guerilleros zu dessen Leitern ernannt.

Die Namen möglicher NachfolgerInnen Urrutias stammten jetzt fast alle aus dem Kreise rund um Vielmann. Und obwohl offenbar bereits konkrete Namen gehandelt wurden, bat Präsident Oscar Berger den Sicherheitsrat (CAS), zusammengesetzt aus VertreterInnen der Zivilgesellschaft, um Vorschläge.

Menschenrechtsorganisationen entwarfen ein Profil, dem die KandidatInnen entsprechen sollten. Sie forder-

ten, dass es eine Person mit ziviler Vergangenheit (also kein (Ex-) Militär) mit Erfahrung auf dem Gebiet des zivilen Geheimdienstes, in Analyse und demokratischer Sicherheit sei. Ebenso müsse der oder die neue LeiterIn des SAE das Vertrauen sowohl des Präsidenten wie auch der sozialen Organisationen, die zu Fragen der Sicherheit arbeiten, besitzen.

Mit der Ernennung von Juan Carlos Villacorta zum Nachfolger von Urrutia scheinen sich die Befürchtungen von Villagran und anderen SkeptikerInnen zu bestätigen: Villacorta war bis zum Tag seiner Ernennung Vize-Innenminister und ist enger Vertrauter von Innenminister Vielmann. Ebenfalls scheint er nahe Beziehungen zum Militär zu pflegen, man sagt ihm nach, verschiedene Militärs als Berater ins Innenministerium

geholt zu haben, was den Friedensabkommen widerspricht. Er war bereits unter Präsident Arzú Mitarbeiter des SAE. Während der Regierungszeit von Portillo betätigte er sich als Berater verschiedener privater Sicherheitsfirmen und war Mitglied des Vorstands der *Patriotischen Partei*, aus der er im Juni 2003 austrat. Gemäss ersten Aussagen, will der neue Leiter des SAE eine Reorganisation der Institution vornehmen und schliesst auch mögliche personelle Wechsel im Sekretariat nicht aus.

Vizepräsident Stein und was immer man als "die Linke" bezeichnen will, scheinen also ihren Einfluss auf das SAE und somit einen politischen Spielraum verloren zu haben. Auch die Zivilgesellschaft wurde einmal mehr ignoriert.

## Militärhilfe hier und dort

**Guatemala, 22. Feb.** Auch für dieses Jahr unterzeichneten Guatemala und die Vereinigten Staaten einen Vertrag, der den USA erlaubt, in Guatemala „militärische Übungen und humanitäre Hilfe“ im Bereich Allgemein-, Zahn- und Veterinärmedizin durchzuführen. Im unterzeichneten Schriftstück heisst es ausdrücklich, dass das zivile und militärische Personal, das im Auftrag des Verteidigungsministeriums der USA nach Guatemala geschickt werde, einen diplomatischen Status erhalte, sie geniessen also Immunität und können in Guatemala nicht juristisch belangt werden, dürfen hingegen die US-amerikanische Uniform sowie Waffen tragen. Konkret bedeutet dies: "Die beiden Regierungen verzichten gegenseitig auf jegliche Ansprüche im Fall von persönlichem Schaden, zivilen oder militärischen Todesopfern, Verlust oder Zerstörung von Eigentum, welche aufgrund der im Vertrag festgehaltenen Aktivitäten erfolgen". Die meisten der in Guatemala Dienst leistenden US-amerikanischen SoldatInnen sind ReservistInnen puertoricanischer Herkunft, was immerhin den Vorteil hat, dass sie sich mit der lokalen Bevölkerung verständigen können.

Real sieht die US-amerikanische humanitäre Hilfe so aus, dass mit Lastwagenkonvois und Militärhelikoptern die abgelegensten Dörfer des Petén besucht werden, wo in einer Tagesaktion möglichst viel Impfungen und Medizin verteilt werden. Freuen über diese altruistische Geste der USA tut sich der guatemaltekeische Gesundheitsminister, der für sein Ressort über eines der niedrigsten Budgets der Region verfügt. Gemäss Angaben der US-amerikanischen Botschaft wurden im Jahr 2004, in dem das selbe Programm bereits durchge-

führt wurde, 73'130 Personen „behandelt“.

Unter dem Titel „Die Gesundheit ist keine eintägige Angelegenheit“, veröffentlichte die Tageszeitung *Prensa Libre* einen kritischen Artikel über diese Art humanitärer Hilfe und wies darauf hin, dass die Kampagne des US-amerikanischen Militärs konjunkturelle Lösungen für strukturelle Probleme anbiete und der wirklich auf medizinische Hilfe angewiesenen Bevölkerung des Petén etwas vormache. "In einem der Schulzimmer warten die Brillen anonymer SpenderInnen auf ein neues Paar Augen. Mit etwas Glück finden die PatientInnen eine Brille mit der ungefähren Seh-Korrektur, die sie brauchen. Wenn nicht, geht das Leben auch weiter. Dies hier ist eine Schlacht, wie jede andere auch, mit GewinnerInnen und VerliererInnen", wird die ophthalmologische Hilfe der US-SoldatInnen beschrieben.

Die guatemaltekeische Regierung hofft, dass sich die US-amerikanische Militärhilfe bald auch noch anders gestaltet als nur in humanitärer Art. Präsident Berger informierte und US-Botschafter Hamilton bestätigte, dass möglicherweise bis Ende Februar die seit 14 Jahren blockierte finanzielle Militärhilfe der USA an Guatemala aufgehoben würde, was 3,2 US-\$ Investition in die Modernisierung der guatemaltekeischen Armee bedeuten würde. Hinzu käme US-amerikanische Unterstützung für die Bekämpfung des Drogenhandels. Gemäss Hamilton erfüllt Guatemala seit neustem die Bedingungen, um Militärhilfe zu bekommen. Dazu gehören: Modernisierung und Reduktion der Armee, Transparenz im Haushalt und Kampfansage an Korruption und Drogenhandel.

Anlässlich einer Pressekonferenz

sprachen sich verschiedene Organisationen, darunter das Menschenrechtsbüro des Erzbischofs (ODHA), das Menschenrechtszentrum CALDH und die Gruppe gegenseitige Hilfe (GAM), gegen die Wiederaufnahme der Militärhilfe durch die USA aus, solange die guatemaltekeische Armee nicht reorganisiert und eine neue Militärdoktrin erarbeitet würde, die Verbrechen der Vergangenheit nicht geklärt seien und über die Finanzen im Verteidigungsministerium nicht Klarheit herrsche. Den GegnerInnen der US-Militärhilfe geht es offenbar nicht so sehr darum, ob das Militär nun zusätzliche 24 Mio. Quetzales erhält, dies könne man mit einer simplen Überweisung aus einem anderen Ministerium bewerkstelligen, so wie schon unzählige Male geschehen. Vielmehr wollen sie verhindern, dass eine Armee, die in Menschenrechtsverletzungen involviert gewesen sei und Staatsterror betrieben habe, internationale Anerkennung erhalte, so die gemeinsame Presseerklärung der Organisationen.

Derweil schickt auch die guatemaltekeische Armee ihre Männer und Frauen in andere Länder. Ein Kontingent von 105 SoldatInnen reist Mitte März in die Demokratische Republik Kongo, wo es sich einer sogenannten Friedensmission der UNO anschliesst. Zur Truppe gehören unter anderem 81 *Kaibiles* (die nichts anderes gelernt haben als zu kämpfen), sowie 9 Frauen, die als Köchinnen, Ärztinnen und Übersetzerinnen dienen werden. Die Blauhelmission im Kongo war letztes Jahr Schauplatz eines Skandals und Gegenstand einer Untersuchung, nachdem bekannt wurde, dass diverse ihrer Mitglieder in den Frauen- und Kinderhandel sowie ins Prostitutionsgeschäft involviert waren.

## Genozid ist keine Menschenrechtsverletzung

**Guatemala, 18. Feb.** Die Witwenorganisation CONAVIGUA zeigt sich empört über die Bestimmung der Exekutive, das Phänomen des Völkermordes aus dem Rahmen der Verletzungen der Menschenrechte auszuschliessen, Grundlage, auf der die Opfer des bewaffneten Konflikts entschädigt werden sollen. Als direkte Opfer und Überlebende des Bürgerkrieges würde ihnen somit die Existenz abgesprochen, so die AktivistInnen von CONAVIGUA. Zudem sei diese Massnahme eine weitere Taktik, um zu verbergen, dass in diesem Land Handlungen des Genozids vollzogen worden sind. Es sei erniedrigend, als Opfer erneut zum Gegenstand eines politischen Spiels gemacht und dazu benutzt zu werden, den Schein von Veränderungen vorzugeben, während die Wirklichkeit ganz anders aussehe, würden doch bestimmte Sektoren, die den Frieden behindern, weiterhin bevorzugt, so CONAVIGUA in einer Presseerklärung.

Neben der Ankündigung, trotz aller Hindernisse ihren Kampf für eine wirkliche Gerechtigkeit fortzuführen, zeigte die Organisation eine Verleumdungskampagne gegen CONAVIGUA sowie gegen die indigene Aktivistin und aktuelle Koordinatorin des Nationalen Entschädigungsprogramms (PNR), Rosalina Tuyuc, an.

Auf die Forderung an die Regierung, die Verfügung zurückzuziehen, kündigte Vizepräsident Stein lediglich an, dass dieses Thema in den nächsten Tagen diskutiert werde.

Die per Regierungsdekret abgeschmetterte Definition des Tatbestands „Genozid“ ist Teil des von der Entschädigungskommission bereits im Oktober letzten Jahres vorgelegten internen Funktionsreglements. Rosalina Tuyuc ist entrüstet ob der Tatsache, dass diese wichtige Änderung innerhalb des Reglements erst Anfang Februar und ohne Rücksprache mit der Entschädigungskommission erfolgt sei. Bleibt es beim vorliegenden Beschluss, kann die Entschädigungskommission die Opfer des Genozids während des Bürgerkriegs nicht als solche klassifizieren und sie gemein-

sam, so wie es ursprünglich gedacht war, behandeln. Stattdessen müssen die Fälle auf individueller Ebene und in Betracht der Art der Misshandlung, deren Opfer die/der Einzelne wurde, vorgebracht werden.

Die Kommission führt derweil 250'000 registrierte Betroffene auf, die es zu entschädigen gilt, zu diesen gehören bereits die als solche klassifizierten Opfer des Völkermordes. „Wir können unsere gesamte Arbeit des letzten halben Jahres wegwerfen“, so Tuyuc verärgert.

Die neue Regelung berücksichtigt durchaus die Verbrechen der Folter, Hinrichtung, des erzwungenen Verschwindens oder des Massakers, aber betrachtet diese als Fälle, in denen die Opfer einzeln aufgeführt werden müssen. Die Gemetzel, die während des internen Konflikts mit dem – dem Genozid charakteristischen – Ziel verübt wurden, eine nationale, ethnische oder religiöse Gruppe zum Teil

oder in Gänze zu vernichten, werden demnach nicht als Entschädigungsgründe aufgeführt. Gemäss Tuyuc stecken hinter der Sache politische Gründe: „Die Anerkennung, dass Genozid verübt wurde, ist schwierig, solange keiner der Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurde, und solange viele der Verantwortlichen Kongressabgeordnete, Berater oder Vertreter der Regierung sind. Der Genozid ist aber als Tatbestand im guatemalteckischen Strafgesetz aufgeführt, so zu tun, als ob es ihn nicht gäbe, hat also keinen Sinn.“

Auch Frank LaRue, Direktor der *Präsidentialen Menschenrechtskommission* (COPREDEH), ist mit der Verfügung nicht einverstanden und weist darauf hin, dass bereits die Wahrheitskommission (CEH) „festgestellt hat, dass es in diesem Land zum Genozid gekommen ist. Dies ist also keine Erfindung der Entschädigungskommission“.

## Zur Würdigung der Opfer

**Guatemala, 25. Feb.** Der 25. Februar ist der *Nationale Tag zur Würdigung der Opfer des bewaffneten Konflikts*. Mit verschiedenen Aktivitäten, Demonstrationen, Gottesdiensten, Diskussionsforen, Mayazeremonien und einem Protest vor dem Verfassungsgericht gegen den Entscheid im Fall des Massakers von Dos Erres (siehe ¡Fijáte! 328), wird an diesem Tag landesweit der Opfer gedacht.

Just zu diesem Gedenktag gab die *Nationale Entschädigungskommission* (CNR) bekannt, dass die Dörfer San Antonio Sinaché, in Zucualpa, Quiché, und Estancia de la Virgen, in San Martín Jilotepeque, Chimaltenango, die ersten beiden seien, die in den Genuss von Entschädigungen kommen.

In den beiden Dörfern werden zusammen 333 Familien entschädigt, in erster Linie handelt es sich um Frauen und ältere Menschen. 206 Personen erhalten für den Zeitraum von 13 Jahren, solange wie das Programm dauert, eine monatliche Pen-

sion von 500 Quetzales. Weiter werden 127 Häuser im Wert von je 20 Tausend Quetzales gebaut. Teil des Programms ist auch die psychosoziale Hilfe und die Traumaverarbeitung. Mit der Umsetzung der Projekte soll noch im März begonnen werden.

Rosalina Tuyuc, Leiterin der *Entschädigungskommission* gab bekannt, dass zum Tag der Würdigung der Opfer vom Präsidenten ein Fonds für die Entschädigung der Opfer in Höhe von 300 Mio. Quetzales eingerichtet würde. Ursprünglich hiess es, das Entschädigungsprogramm würde jährlich über ein Budget von 300 Mio. Quetzales verfügen. Tatsache ist aber, dass man, um diese Beträge zusammen zu bringen, auf internationaler Unterstützung angewiesen sei. Die 30 Mio. Quetzales, mit denen die Kommission in den ersten 8 Monaten seit ihrer Einsetzung gearbeitet hatte, gingen vor allem in administrativen Kosten und Arbeiten auf. Ab sofort würde alles Geld in die Entschädigung der Opfer investiert, sagte Tuyuc.

## In eigener Sache

Die ¡Fijáte! - Buchhaltung und -Redaktion dankt allen, die ihren diesjährigen Abo-Betrag bereits eingezahlt haben oder sich sonst bei uns gemeldet haben. Diejenigen, die ihre Rechnung noch nicht beglichen haben, bitten wir, dieses zu tun.

Ebenfalls möchten wir uns bei dieser Gelegenheit bei allen entschuldigen, die beim Versand-Wechsel von Berlin nach Zürich "verloren" gingen oder sonstige Probleme mit dem ¡Fijáte!- Empfang hatten. Wir hoffen, Euch alle wieder eingefangen zu haben!